



Finanziert durch das  
Programm Erasmus+  
der Europäischen Union



**Europa-Gespräche  
Institut für Geschichte,  
Stiftung Universität Hildesheim**

**Professor Dr. Rolf Steininger**

Die USA und Deutschland. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart  
26. Januar 2015

---

**Zum Referenten**

*Rolf Steininger studierte Anglistik und Geschichte in Marburg, Göttingen, München, Lancaster und Cardiff. Er promovierte 1971 zum Dr. phil., 1976 folgte die Habilitation für Neuere und Neueste Geschichte unter Einschluss der anglo-amerikanischen Geschichte an der Universität Hannover. Ab 1980 lehrte er dort als Professor, 1983 folgte der Ruf an die Universität Innsbruck. Seit 1995 ist Steininger Jean-Monnet-Professor. Er ist Senior Fellow des Eisenhower Center for American Studies der University of New Orleans und im Vorstand der European Community Studies Association. Als Gastprofessor lehrte er an den Universitäten Tel Aviv, Queensland, New Orleans und Bozen, er war außerdem als Gastwissenschaftler in Saigon, Hanoi und Kapstadt. Zudem ist er Advisory Board Member for H-German. Er leitete von 1984 bis 2010 das Institut für Zeitgeschichte der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. Steininger beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der deutschen Nachkriegsgeschichte sowie der Geschichte Südtirols und Österreichs und erarbeitete zahlreiche Dokumentationen, von denen einige mit Preisen ausgezeichnet wurden. Für weitere Informationen: <http://www.rolfsteininger.at/>*

**Vortrag**

Der Referent beginnt seinen Vortrag mit einem Zitat: „Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu sein.“ Dies sind Kernsätze der Direktiven für die amerikanischen Stabschefs aus dem April 1945. Deutschland war ein besiegter Feindstaat und wurde auch so behandelt. Was der Oberkommandierende der alliierten Streitkräfte an der Westfront in Europa Dwight D. Eisenhower nach dem Besuch des Konzentrationslagers Buchenwald im Jahr 1945 sagte, galt für viele und für lange Zeit: Er werde niemals wieder einem Deutschen die Hand geben, geschweige denn, mit ihm sprechen. Seiner Frau schrieb er: „Ich habe mir in meinen Träumen nicht vorstellen können, dass es solche Grausamkeit, Bestialität und Brutalität tatsächlich gib in dieser Welt gibt. Es war furchtbar.“ Schon zuvor hatte er geäußert: „Mein Gott, ich hasse die Deutschen.“ Dies war das Bild Deutschlands am Ende des Krieges. Vor und nach dem 8. Mai 1945 wurde in vielen US-Radiomeldungen gewarnt: „Jeder deutsche freundliche Zivilist ist ein getarnter Soldat des Hasses, bewaffnet mit der inneren Überzeugung, dass die Deutschen immer noch überlegen sind. Fraternisiere dich nicht mit ihnen. Im Herzen, im Leib und in der Seele ist jeder Deutsche Hitler. Schließt keine Freundschaft mit Hitler.“ General Lucius D. Clay amerikanischer Militärgouverneur in der amerikanischen Zone, schrieb im Juni 1945 an den stellvertretenden Kriegsminister John McCloy: „Der nächste Winter wird schlimm für die Deutschen. Einiges davon muss sein, damit sie am eigenen Leib die Folgen des von ihnen ausgelösten Krieges erfahren.“ Clay schrieb



Finanziert durch das  
Programm Erasmus+  
der Europäischen Union



dann aber weiter: „Zwischen dem für diesen Zweck notwendigen Hungern und Frieren und dem Hungern und Frieren, das zu menschlicher Verzweiflung führt, ist es ein weites Feld. Möglichweise könne wir die Verzweiflung nicht verhindern, aber es ist mit Sicherheit unsere Pflicht es zu versuchen.“

Die Amerikaner reichten den Deutschen bald die Hand. Konrad Adenauer verwies in seiner ersten Regierungserklärung (1949) darauf, dass niemals in der Geschichte der Sieger dem Besiegten so zu helfen und zum Wiederaufbau beizutragen versuchte wie es Amerika tat; das deutsche Volk werde das dem amerikanischen Volk nie vergessen. Adenauer wiederholte diese Sympathiebekundungen im Jahr 1963 beim Besuch Kennedys in Deutschland.

Diese Hilfe zeigte die menschliche Seite vieler Amerikaner. Politisch wurde der Ausbruch des Kalten Krieges für die Westdeutschen zu einem Glücksfall. Die Marshall-Plan-Hilfe machte einen bleibenden Eindruck auf die Westdeutschen und deren Repräsentanten, denn die Auswirkungen des Plans in wirtschaftlicher, politischer und psychologischer Hinsicht waren gravierend. Für die meisten Westdeutschen ging es einfach ums Überleben und sie nahmen die amerikanischen Hilfen dankbar an. Die USA wurden als Garant der Freiheit gesehen, was besonders bei der Berlinblockade deutlich wurde, bei der sich die Freundschaft zu den USA manifestierte. Deutsche und Amerikaner fühlten sich erstmals als Verbündete.

Neben der Abwehr der Sowjetunion ging es aber auch um die Integration der Bundesrepublik in den Westen. Durch den Schuman-Plan als ersten Schritt zur europäischen Einigung integrierte sich Deutschland in Europa. Ein Europa ohne Deutschland – so die Überzeugung der Amerikaner – wäre wie ein Körper ohne Herz. So knüpften sie 1952 die Hilfeleistungen an die Annahme des Schuman-Plans. Für die Öffentlichkeit Amerikas wurde die Annahme zum Prüfstein der Frage, ob man Deutschland wieder vertrauen konnte. Für die Amerikaner war Adenauer der beste Kanzler, den sie sich wünschen konnten, der allen Neutralitätsbestrebungen Stalins (Stalin-Note) widerstand, obwohl die Amerikaner selbst bereit waren über diesen Plan zu diskutieren. Adenauers Prestige in den USA war im Sommer 1953 nahezu schrankenlos.

Am 20. Januar 1961 wurde John F. Kennedy neuer Präsident. Kennedy besuchte Deutschland vor und während seiner Präsidentschaft fünf Mal (1937, zwei Mal 1939, 1945 und im Juli 1963 als Präsident). Aber er war kein Freund der Deutschen, denn er hatte Nazi-Deutschland kennengelernt. 1937 notierte er als Student in seinem Tagebuch: „Die Deutschen sind arrogant und übelriechend.“ Seinem Freund schrieb er: „Sie fühlen sich allen überlegen und zeigen es auch. Sie sind unerträglich.“ Sein älterer Bruder starb in dem von Deutschland entfesselten Krieg; das vergaß und vergab Kennedy nie. Die Deutschen nervten ihn, allen voran Adenauer, im Hinblick auf das ständige Misstrauen bezüglich der Bündnistreue der USA. Von einer Wiedervereinigung Deutschlands wollte Kennedy nichts wissen und so ersetzte man nach seinem Amtsantritt den Begriff „deutsche Wiedervereinigung“ durch „Selbstbestimmung“. Die Mauer war für ihn besser als Krieg, daher waren westdeutsche Hoffnungen auf eine scharfe Reaktion wenig realistisch. Washington wollte mit den Sowjets verhandeln und auf keinen Fall sollten die Deutschen das mitbekommen. Der Desillusionierung Deutschlands folgte die Entfremdung. Adenauer wandte sich von Kennedy ab und De Gaulle zu. Der 22. Januar 1963, als Adenauer und Charles de Gaulle in Paris den Elysee-Vertrag unterschrieben, war einer der schwärzesten Tage für die Amerikaner. Wenige Monate später sprach Kennedy in Berlin seinen berühmten Satz: „Ich bin ein Berliner“ - eine Aussage mit hoher Symbolkraft für die deutsch-amerikanische Partnerschaft und die damit verbundene Entschlossenheit der USA Westberlin zu sichern. Das war der Sinn dieses Satzes. Für die Sowjetunion war sichtbar, dass West-Berlin zum Staatsinteresse der USA gehörte.

Kennedys Nachfolger war 1963 der Texaner Johnson, der ein eher unverkrampftes Verhältnis zu den Deutschen hatte und sie als fleißiges talentiertes Volk mit allerdings gefährlichen Neigungen sah, das man im Auge behalten musste. Das alles Entscheidende war für ihn sicherzustellen, dass die Deutschen die USA nicht in einen dritten Weltkrieg führen würden; das war auch der Sinn der westlichen Allianz. Andererseits war Westdeutschland inzwischen die wichtigste Macht in Westeuropa, gleichzeitig nützlich und gefährlich.

Brandt und Nixon wurden fast gleichzeitig gewählt. Wegen der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition kam es zu schweren Verwerfungen zwischen Deutschland und den USA. Die Anweisung Nixons lautete, nichts zu tun, was Brandt helfen würde, denn wenn es eine Entspannungspolitik mit den Sowjetunion geben würde, dann sollte sie von den USA ausgehen. In der Zeit des Vietnamkriegs nahm das Bild der USA als Vertreter von Freiheit in der deutschen Öffentlichkeit deutlich Schaden, was zum Ausgangspunkt der 68er-Bewegung wurde.

Nixons Nachfolger Ford besaß Mut und Führungskraft und gewann sofort die Freundschaft Helmut Schmidts, was man von seinem Nachfolger Carter ab 1977 nicht sagen kann. Schmidt hatte sich im Wahlkampf für Ford eingesetzt, was Carter ihm nie vergaß, während der Kanzler die Führung der Allianz durch die USA vermisste. In diese Zeit fielen 1979 die Revolution im Iran und die Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft sowie der Einfall der Sowjetunion in Afghanistan. Deutschland beteiligte sich an den Iran-Sanktionen in tiefer Sorge um amerikanische Militäraktionen, und die Operation scheitert dann ja auch. Es folgte die Entscheidung, nicht an den Olympischen Spielen in Moskau teilzunehmen, was Carter begrüßte. Den Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen verweigerte Schmidt. Er äußerte später, dass die Sicherheit Deutschlands in der Zusammenarbeit mit EG, Nato und den USA liege. Die Versäumnisse der USA lagen für ihn zum Teil direkt bei Carter, den er für einen Moralisten mit Sendungsbewusstsein hielt, der über keine Gesamtstrategie verfügte.

Anders Ronald Reagan. Er wollte den Kalten Krieg gewinnen und hegte große Sympathien für Deutschland. In den Vorwahlen 1978 besuchte er Deutschland. Die Mauer war für ihn ein Schock, den er nicht vergaß. Den Mauerbau verurteilte er und meinte, die USA hätten eine große Chance vertan als sie gebaut wurde; man hätte sie niederreißen müssen. Er war aber auch an Abrüstung interessiert. Das Verhältnis zu Schmidt war gut, wenn man sich auch nicht unbedingt immer einig war, so etwa als die USA nach Ausrufung des Kriegsrechts in Polen Sanktionen verhängten. Schmidt war entsetzt, nahm Reagan von der Kritik aber ausdrücklich aus. Er war für Schmidt eine unantastbare Person, verlässlich und liebenswürdig, die sehr hoch zu schätzen war. Ein Mann, in den man Vertrauen setzen konnte. Aber den amerikanischen Senatoren unterstellte er Ignoranz. Bis 1982 war Schmidt 52 Mal in den USA, konnte deshalb sehr gut die politische Administration einschätzen und war selbst dort entsprechend bekannt. Er sah Schwächen in der US-Außenpolitik und kritisierte sie.

Vor der Präsidentschaft 1978 galt Reagan als völlige Fehlbesetzung. Verantwortlich dafür war der deutsche Botschafter in Washington Berndt von Staden, der Reagan für den falschen Kandidaten hielt. Keiner wollte sich 1978 bei seinem Besuch in Deutschland mit Reagan treffen. Nur Helmut Kohl nahm sich als Oppositionsführer in Bundestag viel Zeit. Hier wurde der Grundstein für eine unglaubliche Beziehung zwischen den beiden Staatsmännern gelegt. Das deutsch-amerikanische Verhältnis war für Kohl der Grundpfeiler seiner Politik. Zwischen Deutschland und den USA gab es fortan keine Krisen mehr. Reagan war ein Mann mit Handschlag-Qualität; sein einmal gegebenes Wort galt. Als einziger Präsident sah er die deutsche Teilung als etwas Unnatürliches an und wurde im Juli 1984 vom sowjetischen Außenminister Gromyko davor gewarnt die Wiedervereinigung als Möglichkeit zu betrachten. Sie werde nie stattfinden. Obwohl ihm seine Berater davon abgeraten hatten, sprach Reagan am 12. Juli 1987 in Berlin die berühmten zwei Sätze: „Mr. Gorbachev, open this gate. Mr. Gorbachev, tear down this wall!“ Danach kam es zu einer erstaunlichen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit auf dem Weg zur Wiedervereinigung, die auch unter George Bush sen. anhielt.

Auch zu Clinton pflegte Kohl eine enge vertrauensvolle Beziehung und schätzte dessen Vorurteilsfreiheit gegenüber Deutschland, seinen Pragmatismus und seine positive Grundeinstellung. Clintons Deutschlandbild war nicht durch Kriegserfahrungen geprägt.

Ein wichtiger Punkt in den deutsch-amerikanischen Beziehungen waren die Ereignisse von 9/11. Kanzler Schröder versprach uneingeschränkte Solidarität, aber dann folgte seine Anti-Irakkrieg-Politik, die noch nicht wissenschaftlich aufgearbeitet

ist. Sie führte zum Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen Schröder und George W. Bush. Zu Kanzlerin Merkel hatte Bush eher positive Beziehungen und das trifft auch auf Obama zu.

In über 70 Jahre deutsch-amerikanischer Beziehungen gab es viele große und kleine Krisen. Alle sind gelöst. Meine These lautet: Ohne die USA wäre Deutschland nicht da, wo es heute steht. Viele fragen sich derzeit allerdings, wieviel die historische Erinnerung für die Zukunft noch bedeutet, da es doch Einiges gibt, was bei uns zu Irritationen geführt hat - Stichwort NSA - oder umgekehrt - zum Beispiel die Stimmenthaltung der Deutschen in der Libyen-Resolution. Heute sind die Beziehungen nüchterner, kühler, realistischer und weniger sentimental. In vielen Bereichen sind die USA kein Vorbild mehr für uns. Das Verhältnis ist allerdings belastbar geblieben; die Reaktionen auf die Ukraine Krise und der Kampf gegen den IS zeigen das.

## **Auszüge aus der Diskussion**

### **Frage:**

Wie schwierig ist es an Dokumente zu kommen?

### **Antwort:**

Es gibt in den meisten westlichen Ländern eine 30jährige Sperrfrist, dann kommt man an ausgewählte Dokumente heran. Staatsgeheimnisse finden Sie trotzdem nicht. In den USA gibt es ergänzend seit Carter den „Freedom of Information Act (FOIA)“. Jeder hat das Recht ein Dokument einzusehen. Auch dort bekommt man nicht alles zu sehen, aber man kann es versuchen, wobei kein Unterschied gemacht wird, ob man amerikanischer Staatsbürger ist oder nicht.

### **Frage:**

Stimmt es, dass die Amerikaner uns beschützen, dennoch dürfen wir sie aber auch kritisieren?

### **Antwort:**

Das ist völlig richtig so. Vergleichen Sie das mit Putin oder mit Saudi-Arabien.

### **Frage:**

Ist die Stimmung in den USA in der breiten Bevölkerung derzeit auf der amerikanischen oder auf der deutschen Seite?

### **Antwort:**

Ich kann nur meine eigene Meinung sagen, basierend auf dem, was in Zeitungen diskutiert wird. Nach den ersten Enthüllungen in der NSA-Affäre bin ich oft nach meiner Meinung gefragt worden. Das Verhältnis amerikanischer und deutscher Geheimdienste und ihre Zusammenarbeit ist ein abendfüllendes Thema, aber ich habe mich wirklich gewundert, dass man sich über diese Enthüllungen wundern konnte. Wenn Sie eine Mail nach Australien schicken ist es absurd zu glauben, dass niemand mitliest. Aufgeregt hat man sich, weil wir die besten Freunde sind und die horcht man nicht aus. Aber das gilt nicht für Geheimdienste.

Ähnlich kompliziert ist es mit dem TTIP-Abkommen. Wer kann sagen was darin steht? Falsch finde ich, dass die Gespräche geheim geführt werden, denn das macht sie gleich verdächtig.

Die amerikanische Öffentlichkeit und ihr Verhältnis zu Deutschland? Im Rahmen der amerikanischen Informationspolitik im Fernsehen hört die Welt an den Staatsgrenzen auf. Der Durchschnittsamerikaner, das sind vielleicht 250 Millionen Menschen, hat keine Ahnung. Es sind nette Menschen und man darf nicht in westlicher Überheblichkeit glauben, die restlichen 50 Millionen hätten sie auch nicht. Das ist nicht der Fall. Viele Ideen, Google etc., kommen aus Amerika.

Es ist eine Weltmacht die sich von niemandem etwas sagen lässt; wir können das mögen oder nicht mögen. Bis zur Wiedervereinigung waren wir total abhängig, danach weniger. Es war aber auch sehr bequem, denn wir konnten uns aus allem

heraushalten. Plötzlich sind wir gefordert Stellung zu beziehen bzw. mitzumachen, trotz erfolgreicher deutscher Scheckbuchdiplomatie.

**Frage:**

Sie haben vom großen Bruder gesprochen. Spätestens seit Schröders Verweigerung der Teilnahme am Irakkrieg ist deutlich, dass der kleine Bruder nicht mehr immer mitmacht. Ist der Emanzipationsprozess Europas eine Entwicklung, die den Amerikanern nicht immer gefällt? Und wird die Emanzipation Europas, wenn sich Europa wirklich findet, den Amerikanern nicht dauerhaft Probleme bereiten?

**Antwort:**

Als die USA als einzige Weltmacht übrigblieben gab es eine Gruppe in Washington die darauf wartete, dass Clinton geht und George W. Bush neuer Präsident wird. Es gab ein klares Konzept und es ging nicht nur darum, dass George W. Bush fortsetzen wollte, was sein Vater nicht zu Ende gebracht hatte. Man wollte im Irak ansetzen und ihn zu einer Demokratie machen, dann sollte der ganze Nahost-Raum demokratisch werden. Condoleezza Rice sagte, wir machen es so wie in Deutschland nach 1945. Das Ergebnis ist eine einzige Katastrophe und ein großer Teil der Amerikaner sieht das inzwischen auch so. In Europa war man damals auch uneins, aber diese Phase ist vorbei.

Zur Euphorie über Obama kam es auch, weil wir froh darüber waren, dass nun jemand Präsident wurde, der uns versteht. Inzwischen ist die Enttäuschung einigermaßen groß; auch Obama kann nicht alles tun. Aber wir können es uns auch nicht leisten angesichts der globalen Probleme den Moralapostel zu spielen. Wir befinden uns in dieser berühmten Wertegemeinschaft. Und wenn wir ehrlich sind, wo haben wir vergleichbare Werte? In Europa, den USA, in Australien - die sind mentalitätsmäßig ähnlich, und darüber hinaus wird es schon schwierig. Wer ist letztlich verlässlich? Und bei aller berechtigten Kritik sollten wir die Vergangenheit nicht vergessen.

**Frage:**

Hat sich nicht doch das Verhältnis zwischen den USA und Deutschland verändert durch die neue Qualität der EU die nun eine Währungsunion ist. Der Dollar ist herausgefordert. Besuche amerikanischer Präsidenten in Deutschland sind nicht mehr so häufig.

**Antwort:**

Obamas Priorität war Asien; die USA sind ein Land zwischen zwei Ozeanen. Ich glaube, er ist erst korrigiert worden durch die Krise in Europa. Die USA sind interessiert an der Entwicklung in der Ukraine und fordern Sanktionen, die allerdings die USA nicht so sehr treffen würden wie uns. Dennoch folgen wir dem.

Allerdings haben wir zwar eine Währungsunion, aber keine politische, und ich befürchte, dass wir bei 28 Mitgliedsstaaten auch nicht dazu kommen werden.